

vierteljährlich im Stadt, Kreis- und Nachbarort: wertere M. 3.80 außerorts M. 3.40 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 P. Erscheinungsweise wöchentlich, mit Ausnahme der Sonntage und Festtage.

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile oder deren Raum zu 10 P. Die 12spaltige Zeile oder deren Raum zu 12 P. Die 14spaltige Zeile oder deren Raum zu 14 P. Die 16spaltige Zeile oder deren Raum zu 16 P. Die 18spaltige Zeile oder deren Raum zu 18 P. Die 20spaltige Zeile oder deren Raum zu 20 P. Die 22spaltige Zeile oder deren Raum zu 22 P. Die 24spaltige Zeile oder deren Raum zu 24 P. Die 26spaltige Zeile oder deren Raum zu 26 P. Die 28spaltige Zeile oder deren Raum zu 28 P. Die 30spaltige Zeile oder deren Raum zu 30 P. Die 32spaltige Zeile oder deren Raum zu 32 P. Die 34spaltige Zeile oder deren Raum zu 34 P. Die 36spaltige Zeile oder deren Raum zu 36 P. Die 38spaltige Zeile oder deren Raum zu 38 P. Die 40spaltige Zeile oder deren Raum zu 40 P. Die 42spaltige Zeile oder deren Raum zu 42 P. Die 44spaltige Zeile oder deren Raum zu 44 P. Die 46spaltige Zeile oder deren Raum zu 46 P. Die 48spaltige Zeile oder deren Raum zu 48 P. Die 50spaltige Zeile oder deren Raum zu 50 P. Die 52spaltige Zeile oder deren Raum zu 52 P. Die 54spaltige Zeile oder deren Raum zu 54 P. Die 56spaltige Zeile oder deren Raum zu 56 P. Die 58spaltige Zeile oder deren Raum zu 58 P. Die 60spaltige Zeile oder deren Raum zu 60 P. Die 62spaltige Zeile oder deren Raum zu 62 P. Die 64spaltige Zeile oder deren Raum zu 64 P. Die 66spaltige Zeile oder deren Raum zu 66 P. Die 68spaltige Zeile oder deren Raum zu 68 P. Die 70spaltige Zeile oder deren Raum zu 70 P. Die 72spaltige Zeile oder deren Raum zu 72 P. Die 74spaltige Zeile oder deren Raum zu 74 P. Die 76spaltige Zeile oder deren Raum zu 76 P. Die 78spaltige Zeile oder deren Raum zu 78 P. Die 80spaltige Zeile oder deren Raum zu 80 P. Die 82spaltige Zeile oder deren Raum zu 82 P. Die 84spaltige Zeile oder deren Raum zu 84 P. Die 86spaltige Zeile oder deren Raum zu 86 P. Die 88spaltige Zeile oder deren Raum zu 88 P. Die 90spaltige Zeile oder deren Raum zu 90 P. Die 92spaltige Zeile oder deren Raum zu 92 P. Die 94spaltige Zeile oder deren Raum zu 94 P. Die 96spaltige Zeile oder deren Raum zu 96 P. Die 98spaltige Zeile oder deren Raum zu 98 P. Die 100spaltige Zeile oder deren Raum zu 100 P.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 298 | Druck und Verlag in Altensteig. | Montag, den 22. Dezember | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919.

Deutsche Nationalversammlung. Berlin, 19. Dez.

Man ist nicht mehr so recht bei der Sache. Es herrscht Ferienstimmung und viele Abgeordnete sind schon in die Heimat abgereist. Das kann ihnen niemand verdenken, denn der Aufenthalt in Berlin gehört jetzt gerade nicht zu den größten Annehmlichkeiten. Und mußten da auch noch die Gastwirte streiken! Man kann es ihnen nachfühlen, daß die neueste Wucherverordnung die Jünger Kantemeds in Darmisch gebracht hat, denn es ist keine Kleinigkeit, wegen einer Barstoder eines Bediengens hinter die schwebenden Gardinen zu kommen und doch bleibt dem Gastwirt schlechtbedingtes keine andre Möglichkeit, seinen hungrigen Gästen etwas vorzusetzen — zu gepfeiften Preisen, versteht sich —, als durch Anschlag an den großen Kanal des Speichhandels. Also sie haben zwei Tage ihre Runden geschossen. Keine Kneipe, kein Hotel, keine Konditorei bot dem Hungrigen und Durstenden Labung. Es war zwar Sorge getragen, daß die Mitglieder der Nationalversammlung trotzdem nicht Not litten — wenn dies einem Parlamentarier hier passieren sollte — so wäre er selber schuld —, aber es war doch ungemütlich in der Biermilionenstadt und so schüteten eben die meisten Botsboten den Berliner Schnee von ihren Füßen und gingen zu Muttern. Heute war das Haus recht schwach besetzt, als zu guter Letzt noch zwei Interpellationen über die Wirtschaft und Steuerpolitik der Regierung auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Nach einem wilden Kampf zwischen dem Unabhängigen Abg. Kunert, dem seine Fraktionsgenossen Bieg mit feigigen Ausschreitungen wie „Mörder“ beizusetzen versuchte, und dem ebenfalls robusch bewaffneten Reichsminister Kose, begründete Abg. Dr. Hugo (D.Vp.) die erste Interpellation. Er führte aus, daß durch die eigenfinnig selbsteigene Zwangswirtschaft der Anschluß an die Weltwirtschaft verpöht worden sei. Jetzt allerdings, bei dem trostlosen Stand der Valuta, sei das Verhängnis schwer nachzuholen. Die Akkordarbeit und die Verlängerung der Arbeitszeit müsse wieder kommen, sonst werde alle Arbeit, in die Höhe zu kommen, unisoni sein. Abg. Dr. Mumm (D.nat.Vp.) wies darauf hin, wie Deutschland einerseits mit teuren Luxuswaren überschwemmt und andererseits durch Valutafälle durch das Ausland um sein letztes Hab und Gut gebracht werde. Das Schieberium, vor allem das aus dem Osten zuziehende Händlerium, sei daran schuld. In leidenschaftlicher Erregung bestritt Reichswirtschaftsminister Schmidt das Vorhandensein einer wirtschaftlichen Krise, auch von einem Ausverkauf Deutschlands könne keine Rede sein, wohl aber von einer Auswanderung durch die eigenen Volksgenossen. Die Rechte verlange Freiheit des Handels, meine aber die Freiheit der Ausbeutung; durch die Treibereien aus diesen Kreisen werde der Staatskredit erschwert. Ein Verlagsantrag der Rechten wurde darauf nach erregter Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt. Reichsfinanzminister Erzberger kam noch zum Wort. Er erklärte, die Interpellationen seien in sich widerspruchsvoll und sollen nur dem Agitationsbedürfnis dienen. Die Entente werde uns Rohstoffe und Lebensmittel zukommen lassen und von England seien Schritte zu erwarten, um die Valutafreiheit zu heilen. Der weitere Antrag der Rechten, die Interpellationen zu bejahren, fand nicht die erforderliche Unterstützung von 50 Abgeordneten, da von der Rechten selbst nur einige 40 Abgeordnete anwesend waren. Darauf schloß der Präsident die ständisch verlaufene letzte Sitzung des Jahres 1919. Am 13. Januar wird die Nationalversammlung zur Erhebung des Reichspräsidenten wieder zusammentreten.

Württ. Landtag. Stuttgart, 18. Dez.

Anfrage des Abg. Bogalle betr. Anberaumung der Wahl des Reichspräsidenten. Abg. Bogalle: Artikel 41 der Reichsverfassung bestimmt, daß der Reichspräsident vom Volk gewählt wird. Vier Monate sind seit Abschluß der Reichsverfassung verstrichen, nichts ist geschehen. Von der Wahl eines Reichspräsidenten erhoffen wir eine Wahrung der Politik zum Besten; wir legen Wert darauf, daß die Wahl bald anberaumt wird. Staatspräsident Blos: Genau genommen hätte der Abg. Bogalle die Anfrage an die Reichsregierung stellen müssen, da wir nicht so genau informiert sind. Die beiden Wahlgese, das für die Nationalversammlung und das für die Wahl des Reichspräsidenten sind noch nicht geschaffen. Bis zum Frühjahr sollen die Wahlgese und dann die Wahlen durchgeführt werden. Abg. Bogalle: Die Erklärung des Staatspräsidenten ist wenig befriedigend. Die württ. Regierung hat im Reichsrat eine Vertretung, durch die sie sich auf verfassungsmäßigen Weg er-

Landtag kann über die Angelegenheit der Reichsregierung. Es ist unerwünscht, daß das demokratische Grundrecht der Wahl des Reichspräsidenten bis jetzt voranhalten wurde. Zur gegenwärtigen Regierung haben wir nicht das Vertrauen, daß es ihr gelingt, das Reichsamt in den kommenden Monaten zu steuern. Wir denken nicht daran, die Reaktion gewalttätig herbeizuführen, sondern nur auf dem Weg des allgemeinen Stimmrechts. Das Volk wird bei der Wahl des Reichspräsidenten eine Bewusstheit, die über den Parteien steht, den Vortag geben. Durch Krieg und Revolution ist unser Volk krank geworden. Der Wahlentscheid ist das Werk der Revolution. (Zuruf aus der demokratischen Partei.) Ich stelle fest, daß die Demokraten die Revolution für ein Unglück halten (einzellige Zustimmung). Die Revolution hat uns den Frieden noch nicht gebracht. Freiheit ist nicht, wir sind die Sklaven des Auslands geworden, und das Brot wird uns nicht als je im nächsten Sommer mangeln. Die natürlichen Voraussetzungen für die Revolution sind die soziale Politik der Reichsregierung und die hochverräterischen Umtriebe einer großen Anzahl von Führern. Abg. Erzberger (D.Vp.) hat die Revolution haben wir nicht das Vertrauen, daß sie bessere Zeiten heraufbringt. Die Ergebnisse des Jahres 1919 haben eine glänzende Rechtfertigung der Politik der Rechten gebracht. Wer hat die Fehler der kaiserlichen Politik unterstellt, die mit der Kündigung des Rückversicherungsvertrages gegen Rußland eingeleitet haben? Die Parteien auf der Linken, der Untersuchungsanspruch in Berlin besorgt nur die Geschäfte des Auslands. Ich klage die Reichsregierung an, daß sie es versäumt hat, über die wahren Kriegursachen und die Kriegsschuld Aufklärung zu geben. Der Kaiser war ebenso unbedacht in seinen Reden und Handlungen, wie die Sozialdemokratie. Es ist aber bewiesen, daß weder er noch die Reichsregierung den Krieg gewollt haben, daß sie sich aber fangen ließen in dem ausgebreiteten Netze. Ein gutes hat der Untersuchungsanspruch gebracht, nämlich die Klarheit, daß der Verhandlungsstille nicht zu erreichen war. Bei den Fragen der inneren Politik befaßt der Redner die Errungenschaften der Revolution. Es ist eine Schande, wie schmählich die führenden Männer der alten Zeit behandelt werden. Wir wollen die Diktatur des Reichspräsidenten, damit wieder Ordnung und Freiheit geschaffen wird. Abg. Ulrich (S.): Wir dürfen nach dieser Rede mit scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen rechnen, wenn wir auch aus außenpolitischen Gründen den Augenblick nicht für günstig halten. Es ist eine Kuriosität, daß unser Gesandten noch nicht heimkehren dürfen. Wir wissen nicht, ob wir die Kosten des Friedens tragen können. Der große Regulator der Weltgeschichte wird das Weltordnungs- und Verfallskorrektur. Die Entente erhält durch die Rede Bogalles neue Nahrung, mit Forderungen an uns herzutreten. Der Krieg hat seine Quelle in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Über die Lasten muß anerkannt werden, daß die deutsche Diplomatie wie die österreichische ein voll gerüstetes Maß von Schuld zu tragen hat. Die neuen Verfassungsklagen über die Handbemerkungen des Kaisers sind in hohem Maße geirrt, den Schleiher monarchischer Gottähnlichkeit vollends zu gerechtfertigen. Wilhelm der Letzte war ein ebenso unpolitischer Führer als ein unglücklicher Berater des deutschen Volkes. Die Politik der Alldeutschen, Konterpartien und Bauernbündler hat ein gut Teil Mitleid. Die Väter der Bürgerpartei haben die Schuld an der Niederlage zu tragen. Die Revolution war nur eine Folge des militärischen Zusammenbruchs. Die Schuld lag am preussischen Kommissariat und weil Ludendorff den rechtzeitigen Abschluß des Krieges hintertrieben hat. Wir wünschen, daß die Politik auf dem Boden der Demokratie aufgedeckt wird. Dem Landtag muß ein Gesetz über die Volksabstimmung, über Arbeitskommissionen und Landtagswahlrecht in tunkelster Valde zugehen. Wir wünschen eine Verständigung zwischen den sozialistischen Gruppen, die uns vor dem Sieg der Reaktion schützen kann. Über die Unabhängigen haben einen radikalen Bruch vollzogen. Unsere Steuern sind nur die Wechsel der kaiserlichen Regierung. Dem Einheitsstaat stehen wir sympathisch gegenüber, Ueberzeugungen müssen unterbleiben, die fälschliche politische Kultur darf nicht durch preussische Rücksichtlichkeit zur Erstarrung kommen. Der Redner behandelt dann innerpolitische und wirtschaftliche Fragen, wünscht mehr Arbeitsplätze und beschränkt sich bei Zentrum und Demokratie über Angriffe auf den Abg. Müller und schließt mit der Forderung der Arbeitspflicht und der Ueberzeugung von der steigenden Kraft des weltverfügenden Sozialismus. — Nächste Sitzung nachmittags 4 Uhr. Fortsetzung der Beratungen.

Nachmittagsitzung. Präsident Keil eröffnet die 71. Sitzung nachmittags 4.20 Uhr. Die Mitgliedschaft des Abg. Karl Heusmann wird nicht beantragt. Die Anfragen der Zentrumsfraktion betreffend Anlegung der Pflichtablieferung, Kaufhäuser, Kraftfahrzeuge und Abgabe von Leihpferden wird der Ernährungsminister in einer der nächsten Sitzungen beantworten. Das Haus geht sodann in die Besprechung der Anfrage Bogalle betreffend Wahl des Reichspräsidenten über. Abg. Konrad Haumann (D.Vp.): Der Staatspräsident hat die Anfrage korrekt beantwortet, denn beide Wahlgese fordern noch wichtige Entscheidungen. Der neue Zustand wird kaum weniger fruchtbar sein als der bisherige Scheinbestand. Der Staat ist krank; diese Tatsache dürfen wir nicht verschleiern. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind schlecht, der Pessimismus ist außerordentlich stark. Auch in der Verwaltung sind Verwirrungen eingetreten, ja sogar Zustände, die gefährlich werden können. Der Staat hat sich im Krieg finanziell verblutet und sein Vermögen ausgegeben. Die teuren Lebensmittelpreise zwingen zur Erhöhung der Löhne und der Beamtensgehälter. Sie mehrten das Defizit des Staats und mindern unsere Valuta, so daß die ausländischen Lebensmittelpreise noch mehr steigen. Das ist das waltende ökonomische Gesetz und zugleich die Ursache unserer schmerzlichen Lage. Das Eigenartige, was wir heute gehabt haben, ist der Versuch, Wilhelm II. den Sozialdemokraten an die Kuchelhöhe zu hängen. Und dann die Behauptung, Haumann habe das Wort „Reich“ nicht in die Verfassung aufgenommen haben wollen! Lassen Sie die Hand von Haumann, er steht zu hoch! Der Krieg vom Juli 1914 war zu vermeiden. Schon im Juli 1917 sagte ich im Hauptquartier: Man muß zum Frieden kommen, solange man noch stark ist. Und wir hätten damals einen Frieden erhalten können, der noch nicht ein Fünftel so schlecht gewesen wäre, wie der jetzige, wenn der Kaiser rechtzeitig von der Stelle zurückgetreten wäre, der er jetzt nicht mehr gewachsen war. Ich hoffe, daß Prinz Max die Dokumente über seine Vorgänge noch vorlegen wird. Ludendorff hat selbst verlangt, vor einem Staatsgerichtshof gestellt zu werden. Wilhelm von Amerongen sollte nicht mehr Kaiser sein in jener Zeit. Die Revolution war eine Explosion, eine Folge der Ueberheizung des Reichs. Die Rechte begehrt ein Fehler, gegen die Republik mobil zu machen und die Frage der Staatsform in den Kampf zu werfen. Mit seinen unwahren Argumenten hat Abg. Bogalle uns nur von der Notwendigkeit streifen Zusammengehens überzeugt. (Zuruf rechts: Um das Vaterland zu retten! — Heiterkeit.) Ob wir der finanziellen Lage des Staats noch aufhelfen können, beweiste ich. Wir werden uns fragen müssen, ob nicht neben obligatorischen Schiedsgerichten zur Verhinderung der Streiks eine allgemeine Arbeitspflicht einzuführen ist. Wir müssen die Arbeitslosenfürsorge auf neue Grundlagen stellen, den Privatcredit reorganisieren, indem wir Schiedsgerichten des deutschen Wirtschaftslebens die Möglichkeit solidarisches Kredit eröffnen. Das der Völkerverbund, nicht im Sinne Clemenceaus, sondern als überstaatliche Organisation im Sinne der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit eine völkerverfügende Wirkung und Bedeutung haben kann, wer möchte das bezweifeln? In der Frage des Einheitsstaats strebe ich auf dem Standpunkt, daß nichts überhört werden soll. Alles von Berlin, das wollen wir, und wollen auch andere nicht. Ehe wir diesen Einheitsbestrebungen zustimmen können, müssen wir den Plan der Dezentralisation kennen lernen. Abg. Walter (S.) gibt namens der Zentrumsfraktion folgende Erklärung ab: Ueberzeugt von der Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit der Auseinandersetzungen über die Schuld am Krieg und die Kriegspolitik, verzichten wir auf eine Teilnahme an einer Aussprache über die Punkte. Wir sind der Meinung, daß die im Krieg dem deutschen Volk gestellten Aufgaben über sein Können hinausgingen, bei der beschränkten Zahl von Menschen, und daß diejenigen, die es versäumten, in militärisch günstigen Zeiten mit gemäßigten Kriegsziele den Frieden herbeizuführen, mit schwerer Verantwortung befaßt sind. Das ist der gegenwärtigen Regierung an Autorität und Machtmitteln fehlt, um das deutsche Volk in kurzer Zeit aus seinem Elend herauszuführen, kann niemand bestreiten. Wenn der Antrag Bogalle die Schaffung von Autorität und Macht auf dem Weg der Wahl eines Reichspräsidenten und der Einführung der Diktatur zu erreichen hofft, so halten wir diesen Weg für ungeeignet und zurzeit für eine schwere Gefahr. Das gleiche befürworten wir von der Einführung einer allgemeinen Diktatur und der Uebertragung solcher Gewalt an den Reichspräsidenten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß zurzeit nur eine parlamentarische Regierung, wie wir sie haben, das Mittel sein kann, unsere innerdeutschen Zustände allmählich wieder der Ordnung zuzuführen. Was unser Verhältnis zum Ausland betrifft, so halten wir das obligatorische Schiedsgericht mit Zwangsgewalt für ein erntebares Ziel. Die preussische Landesversammlung hat mit großer Mehrheit den Ausbau des Reichs zum Einheitsstaat verlangt. Wenn die Not des Reichs diese Entwicklung fordert, sind wir zu Opfern bereit. Im eigenen und im Reichsinteresse verlangen wir aber Selbstverwaltung in weitestgehendem Umfang. Wir werden uns jeder nicht notwendigen Zentralisation entgegenstemmen.

men haben wollen! Lassen Sie die Hand von Haumann, er steht zu hoch! Der Krieg vom Juli 1914 war zu vermeiden. Schon im Juli 1917 sagte ich im Hauptquartier: Man muß zum Frieden kommen, solange man noch stark ist. Und wir hätten damals einen Frieden erhalten können, der noch nicht ein Fünftel so schlecht gewesen wäre, wie der jetzige, wenn der Kaiser rechtzeitig von der Stelle zurückgetreten wäre, der er jetzt nicht mehr gewachsen war. Ich hoffe, daß Prinz Max die Dokumente über seine Vorgänge noch vorlegen wird. Ludendorff hat selbst verlangt, vor einem Staatsgerichtshof gestellt zu werden. Wilhelm von Amerongen sollte nicht mehr Kaiser sein in jener Zeit. Die Revolution war eine Explosion, eine Folge der Ueberheizung des Reichs. Die Rechte begehrt ein Fehler, gegen die Republik mobil zu machen und die Frage der Staatsform in den Kampf zu werfen. Mit seinen unwahren Argumenten hat Abg. Bogalle uns nur von der Notwendigkeit streifen Zusammengehens überzeugt. (Zuruf rechts: Um das Vaterland zu retten! — Heiterkeit.) Ob wir der finanziellen Lage des Staats noch aufhelfen können, beweiste ich. Wir werden uns fragen müssen, ob nicht neben obligatorischen Schiedsgerichten zur Verhinderung der Streiks eine allgemeine Arbeitspflicht einzuführen ist. Wir müssen die Arbeitslosenfürsorge auf neue Grundlagen stellen, den Privatcredit reorganisieren, indem wir Schiedsgerichten des deutschen Wirtschaftslebens die Möglichkeit solidarisches Kredit eröffnen. Das der Völkerverbund, nicht im Sinne Clemenceaus, sondern als überstaatliche Organisation im Sinne der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit eine völkerverfügende Wirkung und Bedeutung haben kann, wer möchte das bezweifeln? In der Frage des Einheitsstaats strebe ich auf dem Standpunkt, daß nichts überhört werden soll. Alles von Berlin, das wollen wir, und wollen auch andere nicht. Ehe wir diesen Einheitsbestrebungen zustimmen können, müssen wir den Plan der Dezentralisation kennen lernen. Abg. Walter (S.) gibt namens der Zentrumsfraktion folgende Erklärung ab: Ueberzeugt von der Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit der Auseinandersetzungen über die Schuld am Krieg und die Kriegspolitik, verzichten wir auf eine Teilnahme an einer Aussprache über die Punkte. Wir sind der Meinung, daß die im Krieg dem deutschen Volk gestellten Aufgaben über sein Können hinausgingen, bei der beschränkten Zahl von Menschen, und daß diejenigen, die es versäumten, in militärisch günstigen Zeiten mit gemäßigten Kriegsziele den Frieden herbeizuführen, mit schwerer Verantwortung befaßt sind. Das ist der gegenwärtigen Regierung an Autorität und Machtmitteln fehlt, um das deutsche Volk in kurzer Zeit aus seinem Elend herauszuführen, kann niemand bestreiten. Wenn der Antrag Bogalle die Schaffung von Autorität und Macht auf dem Weg der Wahl eines Reichspräsidenten und der Einführung der Diktatur zu erreichen hofft, so halten wir diesen Weg für ungeeignet und zurzeit für eine schwere Gefahr. Das gleiche befürworten wir von der Einführung einer allgemeinen Diktatur und der Uebertragung solcher Gewalt an den Reichspräsidenten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß zurzeit nur eine parlamentarische Regierung, wie wir sie haben, das Mittel sein kann, unsere innerdeutschen Zustände allmählich wieder der Ordnung zuzuführen. Was unser Verhältnis zum Ausland betrifft, so halten wir das obligatorische Schiedsgericht mit Zwangsgewalt für ein erntebares Ziel. Die preussische Landesversammlung hat mit großer Mehrheit den Ausbau des Reichs zum Einheitsstaat verlangt. Wenn die Not des Reichs diese Entwicklung fordert, sind wir zu Opfern bereit. Im eigenen und im Reichsinteresse verlangen wir aber Selbstverwaltung in weitestgehendem Umfang. Wir werden uns jeder nicht notwendigen Zentralisation entgegenstemmen.

Amthliches. Reichsmilcherfassung und Regelung des Milchverkehrs.

Nach Grund der bestehenden reichs- und landesrechtlichen Bestimmungen Bekanntmachungen des Bundesrats über Speisefette vom 20.7.1918, Reichsgezeblatt Seite 163 insbesondere § 14 dafelbst; Verordnung des Kriegsernährungsamts über die Bewirtschaftung von Milch und dem Verkehr mit Milch vom 3.11.1917, Reichsgezebl. S. 1005, insbesondere §§ 6, 7, 9, 16 und 17 dafelbst; Verfügung des Ministeriums des Innern über die Bewirtschaftung von Milch vom 4. Dez. 1916, Staatsanz. Nr. 284, insbesondere §§ 5, 7—10 dafelbst, Verfügung des Ministeriums des Innern über Verarbeitungsmilch und Milchergzeugnisse aus landwirtschaftlichen Betrieben vom 1.2.1917, Staatsanzeiger Nr. 28, insbesondere §§ 11 und 16 und des Erlasses der Landesversorgungsstelle vom 24. August 1918 und in Ergänzung der vom 15. Juli 1919 veröffentlichten Verfügung betreffend Milchverarbeitung hat das Oberamt mit sofortiger Wirkung folgende Anordnung getroffen: 1) In sämtlichen Gemeinden des Bezirkes bestehen Sammelanstalten (Reichsmilchsammlerstellen, Wolkereien, Kaserne), welche von der Landesversorgungsstelle geprüft und als „Sammel- bzw. Abgabestellen“ ausdrücklich bestimmt sind; an diese ist von den Milchproduzenten, die nicht für den zulässigen Eigenbedarf benötigte Milch erntet, abzugeben und in Höhe der jedem Milchproduzenten bestimmten Leistungspflicht abzuliefern. Sind nach Anordnung der Landesversorgungsstelle in einer Gemeinde ausnahmsweise mehrere Sammel- oder Abgabestellen eingerichtet, so hat jeder Milchproduzent die von ihm abzuliefernde Milch ausschließlich und stets nur an ein und dieselbe Stelle abzuliefern, der er von dem Sammelstellenamt oder dem Bezirksmilchbeamten zugewiesen wird. 2) Die unmittelbare Abgabe von Milch an Verbraucher — auch gesondert — ist verboten. 3) Jeder Milchproduzent hat seiner Lieferungspflicht grundsätzlich ausschließlich durch Abgabe von Milch, nicht von Butter, zu genügen.

Gangewald.
Todes-Anzeige.



Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unsere innigstgeliebte Gattin und Mutter

Christine Kentschler
geb. Ziesle

im Alter von 49 Jahren, nach langem schweren in Geduld getragenen Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen

der Gatte: **Jakob Kentschler**
die Töchter: **Margarete, Helene**
und **Marie.**

Beerbigung Dienstag 1/2 11 Uhr.

Altensteig.

Ein
Ruh-Rummel

und eine

Kinderbettlade

schliefbar, hat zu verkaufen

Chr. Braun, Hafner.

Egenhausen.



Ein 14 Monate altes

Rind

verkauft

Gottlieb Hartmann.

Ein dunkelroter, langhaartiger

Dachshund

ist mit

zugelaufen.

Derfelbe kann gegen Einrückungsgebühr abgeholt werden bei

Forstwart Kappelmann

Döflagen.

Zimmerfeld.

Ein Paar schöne



**Läufer-
schweine**

hat zu verkaufen

Fr. Harr, Bauer.

Etwasigen Bedarf an

Dunggips u. = Kalk

wolle man anwenden bei

Chr. Herter, Ebhausen.

Altensteig.

Knecht-Besuch.

Ein anständiger Knecht kann sofort eintreten bei

Armbruster

z. Schwanen.

Zum sofortigen Eintritt werden gesucht, ein solider, im Langholz-fuhrwerk gut bewandelter

Bierdeknecht

sowie ein braves, fleißiges

Dienstmädchen

für Küche, Haushaltung und Landwirtschaft. Gute Bezahlung und Verpflegung.

Frau E. Hornberger Wwe.

z. Hirsch, Schönegründ (Murgtal)

Altensteig.

Wieder eingetroffen:

Damen-Strümpfe reinwollen

Damen-Gamaschen

Herren-Socken

Herren-Hemden

„ **Unterhosen** } in grau

Damen-Hemden und -Hosen

weiß, mit Stickereien.

Preiswerte Anzugstoffe

für Herren und Konfirmanden, schöne Stoffe für Hochzeitsanzüge sowie

Costüm-Stoffe

treffen täglich ein

Reinhold Hayer.

Altensteig.

Einen bereits noch neuen

Anzug

für einen Burschen von 17-18 Jahren, sowie 2 Paar guterhaltene

Herrenstiefel

Größe 42, gibt preiswert ab

Joh. Schuler.

Enzthal.

Eine 39 Wochen trüchtige



**Rug- und
Schaff-Rug**

steht dem Verkauf aus

Rüfer Sachmann

Aerztliche Mitteilungen.

Die ungenügende Belieferung mit Betriebsstoff durch die Landesversorgungsstelle und wiederholte sprunghafte Steigerungen der Kosten des Autobetriebs nötigen uns, von heute ab

1. Autofahrten nur noch in den dringendsten Fällen auszuführen.

2. Den Bezirk zu teilen.

Dr. Hans Vogel (Tel. 8) übernimmt den hinteren Bezirk, d. h. die flußaufwärts gelegenen Ortschaften ausschließlich Spielberg.

Dr. Richard Vogel (Tel. 12) den vorderen Bezirk einschließlich Spielberg.

Besonderen Wünschen bei der Wahl des Arztes wird nach Möglichkeit Rechnung getragen werden, doch werden solche Extrabesuche außerhalb des zugeteilten Bezirks ebensowenig wie Autofahrten, zur bisherigen Taxe ausgeführt werden können.

Die **Sonntags-Sprechstunde** fällt künftig ganz aus. Bestehen bleibt wie bisher die Dienstbereitschaft für Notfälle.

Die Rückkehr zum Pferdefuhrwerk macht es mir unmöglich, künftighin vormittags bis zur Eröffnung des Telefondienstes daheim zu sitzen. Wer außerhalb der Stadt Wert darauf legt, noch vormittags besucht zu werden, möge den Besuch schon am Abend vorher telephonisch oder in den frühesten Morgenstunden durch Boten in meiner Wohnung anmelden. Nur wenn ich sehr frühzeitig wegfahre, kann ich die Sprechstundenzeit (11-1/2-3 Uhr nachmittags) einhalten.

Dr. Hans Vogel.

Nach der mit meinem Bruder vereinbarten Praxiserteilung halte ich Sprechstunde vormittags von 8-10 Uhr und bitte, gewünschte Besuche um diese Zeit anzumelden.

Dr. Richard Vogel

beim Waldhorn, Fernruf Nr. 12.

Magold.

Für den Weihnachtstisch empfehle als hübsche Geschenke:

Schreibzeuge, Album, Schreibmappen
Briefpapier, Schatullen, Kasten
Damentaschen, Bilder, Majolika-Basen
Rahmen, Brieftaschen, Portemonnaies
Zigarren- und Zigaretten-Etuis
Holzspeisen, Toiletteartikel, Spazierstöcke

CARL PFLOMM.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste

empfehle

Spielwaren und Christbaumschmuck

in großer Auswahl

E. W. Luz Nachf., Fritz Bühler jr. Altensteig